

Preis 50 Pfennig.

КОММУНИСТИЧЕСКИЙ
ИНТЕРНАЦИОНАЛ
ПЕТЕРГРАДСКОЕ БЮРО

26/2 86

Kommunismus gegen Spartafismus.

Eine reinliche Scheidung.

Tu ne cede mallis, sed contra audacior itol

(Je größer die Gemeinheit, mit umso schärferen
Waffen sollst Du sie bekämpfen)

Der Imperialismus ist die bewaffnete Konkurrenz der bürgerlich organisierten Nationen. Ihr Kampf um die Beherrschung der Weltwirtschaft schlägt in jedem einzelnen Lande zurück auf das macht- und wirtschaftspolitische Verhältnis der verschiedenen Gesellschaftsklassen zueinander. Begründet in der Epoche des Ueberganges von Manufaktur und Kleinbetrieb zur Fabrik; erwachsen mit dem zunächst im Rahmen der eigenen Nation sich konsolidierenden Kapitalismus, haben die sozialdemokratischen Parteien aller Länder und die unter ihrem geistigen Einfluß stehenden Gewerkschaften sich darauf beschränkt, den Kampf der Arbeiterklasse so zu führen, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft selbst der Manövrierraum des Proletariats und seine politische Bewegungsfreiheit sich möglichst erweiterte. Der parlamentarische Kampf um politische und soziale Reform, in Verbindung mit dem mehr und mehr überwiegenden Prinzip langfristiger Verträge zur Sicherung erlangter wirtschaftlicher Verbesserungen und der sich ständig verschärfenden Tendenz, Wirtschaftskämpfe der Arbeiter durch Verhandlungen der Instanzen zu erregen, stellten sich als die natürlichen Methoden einer Arbeiterbewegung dar, welche die Augenblicksinteressen der Arbeiterklasse zu fördern unternimmt, ohne die Existenzbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft aufzuheben. In der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Praxis der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung aller Länder liegt die Wurzel für die konterrevolutionäre Politik der sozialdemokratischen Parteien, die in dem Augenblick klar und unzweideutig in Erscheinung trat und treten mußte, als der Ausbruch des Weltkrieges die Weltrevolution auf die Tagesordnung der Geschichte setzte.

Der Weltkrieg, die Folge jener bewaffneten Konkurrenz der kapitalistischen Klassen der großen Industrieländer um den Weltmarkt, der sich schließlich als zu eng für sie alle erwies, hatte sich seit Jahren vorher verkündigt in der ausdehnungslüsternden Rivalität der nationalen Finanz- und Exportkapitale. Vornehmlich dieser Rivalität war es zu danken, wenn in allen führenden Industrieländern die schutzöllnerischen Tendenzen sich verstärkten und die Zollpolitik bewußt in den Dienst von Bestrebungen gestellt ward, die eine künstliche Steigerung der Inlandpreise für alle Exportartikel bezweckten, um dadurch Elbogenfreiheit für eine Preisunterbietung auf dem Weltmarkt zu gewinnen. Die schutzöllnerischen Tendenzen hinwiederum verschärften den die wachsende Großindustrie beherrschenden Drang nach straffster Zentralfikation durch Bildung von Kartellen, Syndikaten und Monopolen, sowie nach enger Verschmelzung mit dem Kapital der Großbankkonzerne.

Eine gewaltige von einem einheitlichen Antrieb in Bewegung gesetzte Maschinerie, mußte die ökonomische Organisation eines jeden der führenden Industriestaaten in Verbindung mit dem militärischen Machtapparat und der weltwirtschaftlichen Gesamtsituation die außenpolitischen Schwierigkeiten fortgesetzt erhöhen, den inneren Druck fortgesetzt vermehren und zuletzt jeden Versuch der Arbeiterklasse, mit den alten Methoden und den ihnen entsprechenden Organisationen Forderungen irgend welcher Art durchzusetzen, im Keime erlöchen. Trotz stetig steigender Preise stagnierten die Löhne, und an die Stelle einer wenn auch nur schwachen politischen und sozialen Reform trat die Sammlungsbewegung der Bourgeoisie und der von ihr beeinflussten und geleiteten Erwerbschichten gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse. Die Arbeiterbewegung stand am Scheidewege. Entweder mußte sie ihre Organisationen nach Form und Takt revolutionär umgestalten, den weltimperialistischen Tendenzen durch die Entwicklung der Tendenzen der Weltrevolution begegnen, ihren Kampf im Innern auf die Zerrüttung des bürgerlichen Staates einstellen — oder aber sie mußte auf die Revolution grundsätzlich verzichten und die Reformbestrebungen im Innern zum leitenden Gesichtspunkt ihrer Orientierung machen, was in der Wirkung auf den Versuch hinauslief, durch Unersättigung des kriegerischen Imperialismus des eigenen Staates die heimische Arbeiterklasse an der Auspressung zu beteiligen, der die Wirtschaft der im Kriege unterliegenden Völker notwendig verfiel. Die sozialdemokratischen Parteien fast aller Länder entschieden sich unter dem Vorantritt der deutschen Sozialdemokratie für das letztere. Sie wählten die Politik der Konterrevolution, den Anschluß an den Imperialismus des eigenen Staates.

Der Widerspruch gegen die reformistischen Tendenzen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ist so alt wie die Partei selbst. Aber erst der Beginn der imperialistischen Epoche mit ihrer Kolonial- und Schutzgollpolitik, mit ihrer Aufrüstung, ihrer inneren Reaktion und den sich häufenden Versuchen, die kontinentale Militärgemonte Deutschlands zur Durchlöcherung des englischen Weltmachtssystems zu benutzen, um unter deutscher Führung einen imperialistischen europäischen Staatenkomplex mit Angliederung einer zentralafrikanischen Operationsbasis wider Indien zu organisieren, erst dieser völlige Umsturz der bis dahin kontinental bedingten und gebundenen Politik der Nation hat zur Einstellung eines Teiles der radikalsten Opposition auf weltrevolutionäre Orientierung geführt. Sie erzwang von der ersten russischen Revolu-

ron einer mächtigen Front. Freilich war die radikale Opposition geschlossen lediglich in ihrem Kampf gegen den extremen Reformismus und Revisionismus. Schon in der Beurteilung der Kartätschen Taktik, die sich lange Jahre als offiziöser Radikalismus gebärden durfte, herrschte keine volle Einigkeit, und die Verschiedenheit in den Ausgangspunkten und mithin in der ganzen Beurteilung der Situation trat bei jeder praktischen Frage der Parteipolitik in die Erscheinung. Parlament und Massenaktion, Massen und Führer, Kolonialpolitik und Schutzollpolitik, die Steuerfrage, die Frage der Organisationsform von Partei und Gewerkschaft, die Landesverteidigung — in diesen und anderen Fragen noch ließen sich innerhalb der äußersten Linken deutlich zwei Richtungen erkennen. Ein besonders charakteristisches Beispiel dieser Differenzen vor dem Kriege bildet die verschiedenartige Haltung der Sozialdemokraten der äußersten Linken beim Ausschluß Gerhard Hildebrands aus der Partei in Chemnitz 1912. Hildebrand war der theoretische Vertreter jener reformistischen Kolonialpolitik, welche die logische Konsequenz der revisionistischen Praxis der deutschen Sozialdemokratie bildete. Diese Theorie, die bei Kriegsausbruch von der Gesamtpartei akzeptiert wurde und bis heute die einzige theoretische Grundlage der Kriegs- und Revolutionspolitik der Sozialdemokratischen Partei geblieben ist, wurde damals schon von den extremsten Revisionisten in der Partei in zahlreichen populären Kritiken und Parlamentsreden folgerichtig und offen verurteilt.

Wollte man eine Auseinandersetzung, um die zukünftige Politik grundsätzlich zu gestalten, dann war dazu die Abrechnung mit dem ganzen revisionistischen Flügel der Partei erforderlich. Wenn man es aber bei dem Ausschluß des Theoretikers Hildebrand bewenden ließ und den revisionistischen Praktikern erlaubte, ihre bisherige Politik fortzuführen, so verwandelte man eine Lebensfrage der Organisationspolitik in einen Streit um eine führende Persönlichkeit. Die notwendige Wirkung hiervon mußte eine wesentliche Stärkung der revisionistischen Praxis sein, der damit geradezu ein Freibrief ausgestellt wurde, und in diesem Sinne gehört allerdings die Abstimmung über den Ausschluß Hildebrands zu den wichtigen Etappen, die auf dem Wege der Organisationspolitik zur Bewilligung der Kriegskredite und zur Anerkennung des Bürgerfriedens am 4. August 1914 geführt haben.

Erst mit dem Ausbruch des Krieges selbst zeigten sich die in der äußersten Linken vorhandenen Gegensätze in voller Klarheit und Schärfe, um sich bei der totalen Verschärftheit der Ausgangspunkte die nun unverhüllt hervorzuheben, bald zu konsolidieren. Bei der Kritik des politischen Bankrotts der Sozialdemokratie sahen wir in Hamburg in Gemeinschaft mit Kries in Bremen den Schwerpunkt der politischen Katastrophe nicht in der formalen Parlamentsabstimmung, sondern in der Vergewaltigung der Organisationspolitik durch ihre Instanzen im Interesse der Kriegspolitik darin, daß die Instanzen der Partei sofort ihren bürokratischen Machtapparat und ihre Presse einsetzten, um die Unterwerfung der Organisationen im Lande unter den Bürgerfrieden und somit unter die durch ihn schlecht genug verhaltene Militärdiktatur zu erzwingen. Gelang die Niederhaltung der Organisationspolitik in vollem Umfang, dann war jede Möglichkeit geschwunden, aber die Revolutionierung der Massen im Lande die Armee zu revolutionieren und den imperialistischen Weltkrieg unmittelbar in den revolutionären Krieg umschlagen zu

lassen unter gleichzeitiger Niederämpfung der Bourgeoisie des eigenen Landes durch die entfesselten Massenkräfte des Proletariats.

Jener Flügel der linksradikalen Opposition, der damals die für die Aufnahme des revolutionären Kampfes ausschlaggebende Frage der Form und des Aufbaues der Organisation, d. h. der Stellung der Masse in ihren Organisationen verkannte und von der Kritik der Fraktion und ihrer Haltung im Reichstag ausging, verzichtete damit in der Praxis auf die Organisation des revolutionären Massenkampfes und machte aus der Frage der Haltung der Massen im Kriege eine Frage des Verhaltens ihrer Führer. Diesen im weiteren Verlauf der Ereignisse die revolutionär orientierten Führer zu Massenaktionen auf, so mußten sich diese Massenaktionen im Rahmen und auf der Grundlage der alten Organisationsformen vollziehen und konnten deshalb zur Verbesserung des Bestehenden, nicht aber zum sofortigen Aufbau des Neuen führen. In ihrer Wirkung lief diese Politik auf die radikale Fortsetzung der Politik der Mehrheitssozialdemokraten hinaus, die ebenfalls nichts anderes zu leisten vermögen als die Auflösung des bestehenden Klassenstaates in ein Chaos, während der Aufbau des proletarischen Staates von der dialektischen Umdeutung der Politik der sozialdemokratischen Mehrheit ausgehen muß. Die von uns verlangte Politik bedeutete demgegenüber die Verschlagung der von oben nach unten zentralisierten Organisationen, deren Form und Aufbau dem heutigen Staate entspricht — und die gleichzeitige Aufrichtung der proletarischen Organisationen von unten nach oben in Formen, die das Wesen des proletarischen Staates wieder spiegeln. Alle jene Differenzen, die im Sommer des vergangenen Jahres zur Sprengung der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) geführt haben, sind demnach schon in der verschiedenen Haltung der beiden Flügel der Opposition bei Ausbruch des Krieges deutlich erkennbar.

Die Sammlung der Opposition im Norden begann bereits am 18. August 1914 als drei führende Genossen der sozialdemokratischen Organisation gegen die Haltung des Hamburger Echo zu den Kriegsfragen Protest einlegten. Sofort setzte in allen Bezirken der Partei und in der Jugendbewegung eine erregte Diskussion ein, bei der die Befürworter des Bürgerfriedens schlecht genug weglamen. In ihrer damaligen Zusammensetzung erkannte die Mehrzahl der Hamburger Parteibestritte unsere ihnen vorgetragene Auffassung, daß der Bürgerfriede ein Mittel bürgerlicher Politik zur Niederhaltung der Massen sei, ausdrücklich an. Aus dieser Diskussion der Massen innerhalb der Organisationen wuchsen die von uns in den ersten Kriegsmonaten — vom September 1914 bis März 1916 — herausgegebenen Broschüren unmittelbar hervor, sodas sie nicht nur die persönliche Auffassung der Autoren zum Ausdruck brachten, sondern die Anschauungen der reifsten und härtesten Köpfe innerhalb der Arbeiterschaft selbst. In ihnen wurden die Grundlagen proletarischer Organisation und Politik erörtert, und zwar stehen im Mittelpunkt gerade die Probleme, die heute vom gesamten Proletariat als Lebensfragen erkannt sind: die innerpolitisch-organisatorischen sowohl wie die weltpolitisch-revolutionären. Einige Zitate aus den drei in Frage kommenden Schriften mögen dies belegen.

„In Deutschland aber herrscht der Bürgerfriede. Deutschland kennt keine Parteien mehr. Ist es zu glauben, daß sich selbst Sozialisten finden, die mit der Proklamation dieses Zustandes die Einigkeit auch nach innen für gegeben halten? Die die

einfache Tatsache, daß während des Krieges die Militär Gewalt die Macht hat, das innerpolitische Leben der Nation zum Stillstand zu bringen, verwechselt mit der Etablierung einer wirklichen deutschen Volkseinheit. Das deutsche Volk, wie jede andere Nation, gerissen in Klassengegenätze, die tief wurzeln in den entgegengesetzten Lebensbedingungen seiner Klassen, kann seine Vereinigung nur finden mit der Aufhebung der Klassen selbst. Die Ausübung der Klassengegenätze, die Herstellung gleicher Entwicklungsmöglichkeiten für alle ist nur gegeben im Sozialismus. Nur der Sozialismus bringt die Volkseinheit, wie er die Vereinigung der Völker bringt. Wenn der Burgfriede Deutschland ernt für die Zeit des Krieges, so nicht unter dem Banner des Sozialismus, der die dauernde Einigung des Volkes verbürgt, sondern unter dem Banner des Imperialismus, das diesem Kriege vorausgetragen wird." (Imperialismus und Demokratie Seite 5.)

„Als der deutsche Kaiser zu Beginn des Weltkrieges das Wort prägte, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche, erhielt dieses Wort seinen Inhalt durch die politische Gesamtsituation. Es war mehr als die Aufforderung zur Geschlossenheit nach außen. Statt die deutsche Nation zu verwickeln und den Partikularismus zu beseitigen, war der Burgfrieden die Verneinung der politischen Eigentätigkeit und des politischen Willens der Nation, der sich ja grade im Parteileben des Volkes offenbarte. Der Partikularismus blieb die Basis für das Verhältnis von Regierung und Volk für die Zeit des Krieges und damit für die innere Politik der Periode, die der Weltkrieg einleitet. Den Burgfrieden in der gegebenen Form etablieren, hieß eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes im Prinzip abweisen, hieß der Demokratie das Recht verweigern, auf die Friedensbedingungen entscheidend einzuwirken. Nur dann aber, wenn die Nation Herr im Staate wird, kann das deutsche Proletariat die auswärtige Politik des Landes wirksam beeinflussen.“ (Demokratie und Organisation, Seite 43 f.)

„Nicht soweit die gesellschaftliche Wirtschaft Ausbeutungsfunktion der Minderheit ist, sondern soweit sie Lebensfunktion der Gesamtheit ist, erwacht dem Proletariat ein natürliches Interesse an ihrer Erhaltung. Es muß sich dagegen wehren, daß einheitliche Wirtschaftsgebiete auseinandergerissen, daß höher entwickelte Wirtschaften unter die Herrschaft niedrigerer gebracht werden. Es muß sich dagegen wehren, daß das Recht auf nationale Selbständigkeit, das es allen Nationen zubilligt, in der eigenen Nation verlegt werde. Hieraus resultiert in Kriegesfällen, die die Wirtschaft in ihrer Lebensfunktion bedrohen, die militärische Unterordnung des Proletariats unter die gegebene Heeresleitung.

Diese Notwendigkeit besteht, unbekümmert um Schuld oder Nichtschuld der eigenen Regierung am Ausbruch des Krieges, unbekümmert um die Unterscheidung von Angriffs- oder Verteidigungskrieg, die der imperialistische Weltkrieg zur unbrauchbaren Schablone gemacht hat. Aus der militärischen Unterordnung resultiert jedoch nicht und darf nicht resultieren die politische Unterordnung unter die Träger der herrschenden Politik. Gerade weil moderne Kriege eine völlige Umwälzung des Verhältnisses der Nationen zueinander bringen, weil sie die Gesamtwirtschaft und damit die Lebensfunktion der Gesellschaft aufs engste berühren, während die herrschende Politik auf die Festigung und Erweiterung der Ausbeutungsfunktion in erster Linie gerichtet ist und notwendig unter historischem Zwange das Gegenteil von dem zu erreichen

suchen muß, was für das Proletariat wünschbar ist, muß dieses sich seiner besonderen Klasseninteressen bewußt bleiben.“ (Demokratie und Organisation, 44 f.)

„Das natürliche Endziel der politischen Aktion des Proletariats ist die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische, ist zunächst die Ersetzung der bürgerlichen Staatsgewalt durch die Diktatur des Proletariats. . . . Der parlamentarische Kampf der Parteien ist Kampf vom Boden der bürgerlichen Gesellschaft aus. Das Proletariat aber kann nicht vom Boden der Bourgeoisie oder mit ihren Machtmitteln, sondern nur von seinem eigenen Boden und mit den ihm eigentümlichen Machtmitteln die alte Gesellschaft überwinden. . . .“ (Demokratie und Organisation, 48.)

„Die bürgerliche Demokratie ist die Beherrschung politisch ungeschulter Massen durch politisch geschulte Führer. . . . Je stärker die in den proletarischen Organisationen bewanderte proletarische Demokratie wurde, je mehr die Aussicht auf die Korruption der demokratischen Führer durch die Kontrolle geschulter politisch bewußter Massen schwand, je mehr sich die Demokratie von einer Führer- zur Massenbewegung entwickelte, . . . um so schärfer mußte die Unvereinbarkeit zwischen den demokratischen Institutionen und den Herrschaftsbedingungen der Bourgeoisie hervortreten. . . . Für die proletarische Demokratie ergeben sich die Richtlinien ihrer Politik aus dieser Situation von selbst. Als naturnotwendige Gegnerin des Kapitalismus ist sie die natürliche Gegnerin des Imperialismus und des durch ihn gegebenen Militarismus. . . . Ist der Imperialismus die Organisation beherrschter Massen unter absolutistisch-kapitalistischer Spitze, so ist der Sozialismus die Organisation freier Massen auf breiter demokratischer Grundlage. Sind im Imperialismus die Massen das Objekt der Exekutivgewalt der Großbourgeoisie, so sind sie im Sozialismus die Exekutivgewalt selbst.“ (Imperialismus und Demokratie, S. 34 ff.)

„In dem Maße. . . wie die Diktatur des Imperialismus sich durchsetzt. . . ergibt sich auch auf dem Gebiete der Staatspolitik die Notwendigkeit, daß das Proletariat auf das ihm eigentümliche Machtmittel zurückgreift, die Macht seiner Zahl, die Macht seiner Organisation einsetzt gegen die antidemokratischen Tendenzen des Imperialismus. Das Schwergewicht des politischen proletarischen Kampfes wird damit aus den Parlamenten in die Massen verlegt. Der politische Streit wird kraft innerer geschichtlicher Notwendigkeit die vornehmste Waffe des durch den Imperialismus niedergebrachten Proletariats.“ (Demokratie u. Organisation, 74.)

„Wie der Streit in den Kleinbetrieben eine organisierte Masse mit freiem Selbstbestimmungsrecht zur Voraussetzung hat, so erfordert der politische Streit die volle Bewegungsfreiheit der Massen innerhalb der Organisation. Voraussetzung seines Gelingens ist der aus der Masse der Organisierten spontan hervorbrechende Wille zum Streit. Sein Schwerpunkt liegt in der Arbeiterschaft der Kleinbetriebe, in den großen Zentren des Verkehrs und Konsums. Sein Ziel ist die Erhebung der Profitbildung des nationalen Kapitals und damit die Erschütterung des Weltkapitals; seine Methoden sind die Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes auf der Stufenleiter des Kampfes gegen die Monopole. . .“ (Demokratie und Organisation, 75)

Der Form der monopolisierten Industrie entspricht auf Seiten der Arbeiter der reine Industrieverband auf der Grundlage der Betriebsorganisation. (Demokratie und Organisation, 55).

Organisationsformen unterliegen wie alle anderen menschlichen Einrichtungen dem Wechsel. Entstanden aus den Bedürfnissen bestimmter geschichtlicher Zeitepochen, müssen sie mit der Veränderung der Gesamtsituation auch ihren Charakter ändern. . . . Das Proletariat steht vor der Aufgabe, seine Massenorganisation den revolutionären Bedürfnissen der Zukunft anzupassen. (Organisation, Krieg und Kritik, 74).

Da der Krieg ausbrach in einer Zeit, in der sich noch die sozialdemokratischen Parteien aller Länder nach den alten Gesichtspunkten orientieren, in einer Zeit, in der die Organisation der Internationale den neuen Bedürfnissen schon nicht mehr genügt, kam, was kommen mußte. Die Internationale brach zusammen, die Proletarier aller Länder stehen in Waffen wider einander. . . . Wann endlich werden die Proletarier und vor allem einige ihrer angeblichen Führer es lernen, historische Ursachen und historische Wirkungen zu erkennen? Wann endlich werden sie begreifen, daß es nicht die Aufgabe ernsthafter Politiker sein kann, an der Belagerte die Heranzugewandten, sondern aus ihr zu lernen? (Imperialismus und Demokratie, 46 f.).

Diese Broschüren sind während des ganzen Krieges in Deutschland die einzigen revolutionären Schriften geblieben, die mit dem vollen Namen ihrer Autoren und damit unter Übernahme der vollen persönlichen Verantwortung gegenüber der Militärdiktatur und dem imperialistischen Staate erschienen sind. Um so eherner muß die Stirn sein jener nach der Revolution aufgetauchten Führer des Proletariats, die sich heute erdreisten, uns die proletarisch-revolutionäre Gesinnung abzusprechen, um uns zu „Nationalkommunisten“ zu stempeln, nachdem sie die ihnen zur Verfügung stehenden gewaltigen Geldmittel wesentlich auch zu dem Zwecke verwendet haben, die revolutionäre Kriegsliteratur zu boykottieren. Nur so freilich konnte der Versuch, die Hamburger Organisation des revolutionären Proletariats im Auslande und einem Teile des Inlandes abwechselnd als syndikalistisch und nationalistisch zu verschreiben, für jene kurze Zeit Erfolg haben, die auch der erbärmlichsten Verleumdung zunächst beschieden zu sein pflegt.

Begleitet man mit diesen Broschüren die sogenannte „Junius“-Broschüre: Die Krise der Sozialdemokratie, welche die Genossin Luxemburg zur Verfasserin hat, so ergeben sich die tiefen Unterschiede in der Auffassung über Politik, Taktik und Organisation des Proletariats von selbst. Der Inhalt der Broschüre spiegelt sich voll und ganz in ihrem Titel wieder: Weltimperialismus und Weltrevolution erscheinen hier als eine Krise der Sozialdemokratischen Partei. Der parlamentarische Kritizismus des sozialdemokratischen Instanzentümlers und die Kräfte und Kräfte der deutschen Diplomatie werden mit Wärme und Beschuldigung gepöbeln, aber über eine Auseinandersetzung mit der nationalistischen Form der Landesverteidigung reicht die Untersuchung nicht hinaus und die Kritik der Verfasserin bleibt bei rein negativen Ergebnissen stehen. Die Richtlinien der von ihr verlangten Politik sind niedergelegt in zwölf Leitsätzen, welche die Plattform wurden, um die der „Spartakusbund“ sich sammelte. Es ist hier nicht nur die straff zentralistische und autoritäre Grundanschauung des Spartakusbundes als Programm der zu schaffenden neuen Internationale festgelegt. Ohne die fortgesetzte dialektische Revolutionierung aller menschlichen Organisationsformen

zu berücksichtigen, wird die bisherige Form der Organisation von Partei und Gewerkschaften ohne weiteres übernommen, was zur notwendigen Wirkung haben mußte, daß auch in der neuen Organisation — aller scharfen Kritik an der Politik der sozialdemokratischen Instanzen zum Trotz — das Schwergewicht der Leitung in Organisation und Politik wiederum den Massen entzogen und den Instanzen überantwortet wurde. Gleich scharfe Differenzen grundsätzlicher Art wie in der Frage der Organisation traten in den Tagen der Nation, der Landesverteidigung und des revolutionären Krieges zu Tage. Die Kritik, die Genosse

Lenin

an den Leitsätzen der Genossin Luxemburg — und damit zugleich am Spartakusbund — in seinen während des Krieges veröffentlichten Schriften geübt hat, deckte sich vom ersten bis zum letzten Wort mit unserer Anschauung über eben diese Fragen, so daß wir uns daran genügen lassen können, hier die entsprechenden Ausführungen Lenins wieder zu geben, die in Deutschland fast völlig unbekannt sind. In seiner Schrift: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution vom Jahre 1917 setzt sich Lenin mit den Parisisten, den Anhängern der Entlassung auseinander, zu denen er ausdrücklich die „Gruppe Internationale“, das heißt: den Spartakusbund, rechnet. Lenin schreibt:

„Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein. . . . In den Leitsätzen der Gruppe Internationale lesen wir im § 5: In der Ära des entseelten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Das ist offenbar unrichtig. . . . Wir dürfen uns nicht durch Worte täuschen lassen. Zum Beispiel ist der Begriff Landesverteidigung manchem verhasst, weil dadurch die offenen Opportunisten und die Kartstyaner die Lüge der Bourgeoisie im gegebenen Haupttrage verdecken und vertuschen. Das ist Tatsache. Aber daraus folgt nicht, daß wir verlernen dürfen, über die Bedeutung der politischen Schlagworte nachzudenken. Landesverteidigung im gegebenen Kriege anerkennen, heißt diesen Krieg für einen gerechten dem Interesse des Proletariats dienenden zu halten. Weiter nichts, und abermals nichts. Denn Invasion ist in keinem Kriege ausgeschlossen. Es wäre einfach dumm, die Landesverteidigung den unterdrückten Völkern in ihrem Kriege gegen die imperialistischen Großmächte oder dem siegreichen Proletariat in seinem Kriege gegen irgend einen Gallist eines bürgerlichen Landes aberkennen zu wollen.“

Es wäre theoretisch grundfalsch, zu vergessen, daß jeder Krieg nur die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln ist; der jetzige imperialistische Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik zweier Gruppen von Großmächten, und diese Politik wurde durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt und genährt. Aber dieselbe Epoche muß notwendig die Politik des Kampfes gegen nationale Unterdrückung und des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie erzeugen und daher die Möglichkeit und Unvermeidbarkeit eines von revolutionären nationalen Aufständen und Kriegen, zweitens von Kriegen und Aufständen des Proletariats gegen die Bourgeoisie, drittens einer Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen.“ Das kann Lenin schreiben, weil er genau wie wir von dem Grundbegriff der Nation ausgeht, und weil er weiß, daß für die proletarische Internationale die Nation, das freie Volk, die notwendige Grundlage bildet. Ist auch Lenin vielleicht ein „Nationalkommunist“?!

In Benins Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter am 8. April 1917 finden sich die folgenden markanten und das ganze Problem resümiert fassenden Sätze: Wir schließen die Augen vor den ungeheuren Schwierigkeiten, vor denen die internationalistische Proletariat des russischen Proletariats steht, nicht. In einer Zeit, wie wir sie jetzt durchleben, sind auch die schroffen und rasche Umwälzungen möglich. In Nr. 37 des „Sozialdemokrat“ haben wir schon auf die Frage Antwort gegeben, was unsere Partei tun würde, wenn sie durch die Revolution sofort aus Rußland gelangen würde. Wir führten aus: 1. Wir würden sofort allen kriegsführenden Völkern den Frieden anbieten; 2. wir würden folgende Friedensbedingungen aufstellen: a. Sofortige Befreiung sämtlicher Kolonien aller Länder und b. sofortige Befreiung der unterdrückten und ihrer Rechte beraubten Völker; 3. wir würden sofort mit der Beizung der von den Großräufern unterdrückten Völker beginnen; 4. wir zweifeln keinen Augenblick daß diese Bedingungen unannehmbar wären, nicht nur für die monarchistische, sondern auch für die republikanische Bourgeoisie Deutschlands, und nicht nur Deutschlands, sondern auch für die kapitalistischen Regierungen Englands und Frankreichs.

Wir müßten dann den revolutionären Krieg gegen die deutsche Bourgeoisie, und nicht nur gegen die deutsche Bourgeoisie allein, führen. Wir würden ihn aufnehmen. Wir sind keine Pazifisten. Wir sind Gegner der imperialistischen Kriege, die von den Kapitalisten wegen des Anteiles an der imperialistischen Beute geführt werden. Aber wir haben es immer für einen Unsinn erklärt, wenn man dem revolutionären Proletariat zumutet, auf die revolutionären Kriege zu verzichten, die sich im Interesse des Sozialismus als notwendig zeigen können.

* * *

Die revolutionäre Organisation in Hamburg hat vom ersten Tage an gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine klare und einheitliche Haltung eingenommen. Und diese Stellungnahme wurde festgelegt, noch ehe diese Partei da war, als die sogenannte „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, die Fraktion des oppositionellen Teiles der Reichstagsabgeordneten, die ersten Anstalten traf, um die sozialdemokratischen Organisationen zu zerschneiden und für ihre Führerpolitik einen besonderen Organisationsapparat zu schaffen. In einer Flugschrift vom Dezember 1916, die wiederum nicht die persönliche Auffassung der Verfasser, sondern den Willen und die Meinung der „Opposition innerhalb der Organisation“ in Hamburg zum Ausdruck brachte, heißt es:

„In der Frage: Führer und Massen, Demokratie und Organisation, in der Frage, ob die Massen der Mitgliedschaft die Vertretung ihrer Interessen wohlmeinenden, aber häufig schlecht unterrichteten Repräsentanten überlassen sollten, oder selber handelnd auf den Plan zu treten hatten, in dieser Frage brückte sich das Grundproblem aus, das die Hamburger Opposition für Hamburg und das Reich zu lösen sich zur Aufgabe gestellt hatte.

Gegenüber dieser Grundfrage, die im Vordergrund aller proletarischen Organisation der Zukunft steht, verblissen alle parlamentarischen Abstimmungen, verblissen die ganze Politik des vierten Auges zur geschichtlichen Episode. Auf dem Boden dieser Grundfrage hat die Hamburger Opposition sich ihr theoretisches Programm geschaffen. Von dieser Grundlage aus hat sie ihre Politik und ihre Praxis im Zustandbringen von Aktionen orientiert. Und da sie die einzige lokale Opposition geblieben ist, die sich von

diesem Boden aus ein Programm geschaffen hat, so sind mehr oder minder alle lokalen Oppositionsgruppen durch die innere Logik der Parteientwicklung gezwungen, an dieses Programm Anlehnung zu suchen.

Aus der Opposition gegen die Haltung der Fraktionsmehrheit zum Krieg heraus wurde die Arbeitsgemeinschaft geboren. Zur Welt gekommen im Parlament als Kind des Krieges, orientiert sie sich nach den Gesichtspunkten einer grundsätzlichen parlamentarischen Opposition . . . und findet das sie einende Band lediglich durch den auf dem Boden des Parlamentes geführten Kampf gegen den Krieg . . . Der Arbeitsgemeinschaft als einer parlamentarischen Gruppe fehlt jedes theoretische Programm. Sie ist nicht eine Organisation im proletarischen Sinne, sondern eine Gruppe von Wortführern, die sich zu einem gemeinsamen Gegenwartszweck im Parlament zusammengeschlossen haben. Soweit einzelne ihrer Glieder über die parlamentarische Taktik hinaus auf direkte Aktionen der Masse zurückzugreifen beabsichtigen, propagieren sie diese Methode als Personen, als Glieder der Parteiorganisation, der sie angehören, nicht als Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft“, die als Ganzes, als geschlossene Gruppe, mit dieser Propaganda nichts zu schaffen hat.

Für die Arbeitsgemeinschaft als Gruppe liegt der Schwerpunkt des politischen Kampfes in der Aktion im Parlament. Für die Hamburger Opposition liegt der Schwerpunkt des politischen Kampfes in den Aktionen der Masse selbst, denen in der Organisation der genügende Spielraum geschaffen werden muß, damit sie ihre Kräfte voll entfalten können. Ist für die „Arbeitsgemeinschaft“ im besten Falle die Aktion der Masse ein Hilfsmittel zur Ergänzung des parlamentarischen Kampfes, so ist für uns das Parlament nichts als eine Börse, auf der die Bilanz der vorausgegangenen realen Kämpfe im Lande gezogen wird.

Soweit einzelne Glieder der Arbeitsgemeinschaft und die Organisationen, denen sie angehören, sich mit diesem Standpunkt identifizieren, ist ein Zusammenschluß dieser Organisationen mit uns möglich und wünschenswert. Der Arbeitsgemeinschaft als Gruppe aber fehlt jede Möglichkeit und Qualifikation, in dem grundsätzlichen politischen Kampfe, wie ihn die Hamburger Opposition versteht, die Führerrolle zu übernehmen. Nicht um eine bürokratische Führergemeinschaft durch eine demokratisch orientierte zu ersetzen, ist schon im August 1914 in Hamburg das Banner der Opposition entfaltet worden, sondern um die Fäden der Bewegung, mit denen die Parteibürokratie die Massen im Ganzen zu halten mußte, den unfähigen Händen zu entreißen und sie den Massen selber in die Hände zu geben, um an die Stelle einer schlaftrigen Direktive von oben die stürmisch drängende revolutionäre Massenbewegung von unten zu setzen . . .

Unabhängigkeit im Denken, Unabhängigkeit im Handeln, Unabhängigkeit der Massen in ihren Organisationen, das sind die drei Pfeiler, auf denen die Organisationen der Zukunft fußen werden. Dann erst wird die proletarische Internationale jene proletarische Machtkonzentration bilden, die imstande ist, die Welt des Kapitalismus und Imperialismus, des Militarismus und vaterländischen Büchthauszwanges aus den Angeln zu heben.“

Die gleichen Gedankengänge wurden in dem von der Hamburger Opposition herausgegebenem Blatte „Der Kampf“ wiederholt, als die Arbeitsgemeinschaft zur Gründung ihrer Sonderpartei aufforderte. Dem gegenüber hat die Gruppe „Internationale“, der spätere Spartakusbund, lediglich Fragen der Organisationsmechanik aufgeworfen und in allen wesentlichen

Punkten eine Stellung eingenommen, die sich von der politischen Auffassung der Arbeitsgemeinschaft nicht grundsätzlich, sondern lediglich durch die größere Schärfe des Tones und die gesteigerte Würde der revolutionären Grandezza unterschied. Die logische Folge ihres Mangels an Verständnis für die primitivsten Erfordernisse einer revolutionären Massenbewegung war, daß die Gruppe „Internationale“ sich mit der Arbeitsgemeinschaft zu der famosen USB verschmolz, deren linker Flügel der Spartakusbund bis zum Januar 1919 geblieben ist.

Die Gründung der USB. hat die beabsichtigte Wirkung gehabt, die sich unter dem ersten Scrollen der russischen Revolution vorbereitende selbständige revolutionäre Massenbewegung der deutschen Arbeiterklasse zu lähmen und die sich vorbereitende revolutionäre Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse in Parteispaltung aufzulösen, eine Auflösung der Fronten, die überhaupt das Lebensprinzip der USB. und des in ihr organisierten Spartakusbundes gewesen ist und noch ist. Obwohl in der erwähnten Flugchrift vom Dezember 1918 und in der 1919 erschienenen Schrift: „Zwischen der ersten und zweiten Revolution“ ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß die Gründung der USB. sich gegen die entschiedensten Vorläufer des imperialistischen Krieges, gegen jene Gruppe richtete, die in der Propaganda des revolutionären Streiks die Aufgabe der Organisationen der Arbeiterklasse erblickte, hat bis jetzt kein Blatt der USB. gewagt, diese einfache Konstatierung einer Tatsache zu bestreiten.

Die Hamburger Opposition, die, wie die Bremer, jede organisatorische Verbindung mit der USB. ablehnte, legte ihre Auffassung in einer Resolution vom Anfang Februar 1917 nieder, die allen Parteinstanzen das Recht bestritt, die Spaltung der Arbeiterschaft unabweislich zu machen, gleichgültig, ob es sich dabei um die Instanzen der alten Partei oder die der Arbeitsgemeinschaft handelte. „Nicht die organisierte Führerschaft“ hieß es hier, „hat über das Schicksal der Organisationen zu befinden und zu entscheiden. Dieses Recht steht allein der organisierten Mitgliedschaft zu, deren zähe und jahrzehntelange Arbeit die Organisationen aufgebaut hat. Die versammelten Parteigenossen legen gegen jede Verletzung der Rechte der Mitgliedschaft, die zum weitaus größten Teile die Schützengräben füllt oder im bunten Rod steckt, und durch den militärischen Zwang an der Ausübung ihrer politischen und der organisatorischen Rechte verhindert ist, die allerschärfste Verwahrung und den entschiedensten Protest ein. Die Versammlung hält fest an dem Gedanken unverbrüchlicher Einheit der Arbeiterbewegung, die ihre sozialistischen und demokratischen, die ihre revolutionären Ziele nur verwirklichen, kann im schärfsten Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und deren Mittel, Organisation und Politik... Sie hält fest an dem Gedanken der Einheit der Arbeiterbewegung und ihrer internationalen Verbrüderung. Trotz einer Führerpolitik, die das Werk jahrzehntelanger Arbeit der Arbeiterschaft, im Interesse des Führertums und dieses allein zu zerstören unternimmt, ist die Arbeiterbewegung, was sie war, und was sie ist: Die Partei des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Hoch die Einheit der Arbeiterklasse! Hoch die internationale Verbrüderung des Proletariats! Es lebe der Kampf!“

Trotzdem schufen einige Mitglieder der bisherigen Opposition auch in Hamburg eine Ortsgruppe der USB. Dadurch erhielten die Hamburger Instanzen

der SPD die Möglichkeit, einen unserer Genossen nach dem anderen aus ihrer Partei hinauszudrängen und hinauszuerwerfen. Schließlich blieben als formelle Mitglieder der SPD von allen unseren damaligen Genossen nur noch die beiden Verfasser übrig, die man nicht hinauswerfen konnte. Beide waren nämlich Soldaten; der eine saß inzwischen im Gefängnis, der andere war inzwischen gerade mal an der Front. Die kleine Zahl der Genossen, die in jenen Tagen in Hamburg noch politisch wirken konnten, schloß sich daraufhin zu einem illegalen Kampfzirkel zusammen, um von diesem Boden aus die intensivste Propaganda jener Ideen fortzusetzen, die sich als die grundlegenden Ideen der deutschen Revolution gerade in der jetzigen Epoche des revolutionären Kampfes durchzusetzen beginnen. Gegen die Parteipolitik, gegen den Pazifismus, gegen die Zersplitterung der Arbeiterklasse! Für die Sammlung der ganzen Arbeiterklasse in einer proletarischen Klassenorganisation, für die militärische Massenorganisation aller revolutionären Volksträfte in einer revolutionären Armee, für die Verwirklichung der Volkseinheit, deren Fundament der Kommunismus legt!

Die bewaffnete Arbeiterklasse — das ist die proletarische Diktatur!

Die Diktatur erschafft das freie Volk und das freie Volk ist die Voraussetzung für die kommende Föderation der Nationen! Die dritte Internationale, die nicht künstlich als eine Vereinigung von Parteien durch Instanzenklänge und „Sekretariate“ in der Retorte erzeugt werden kann, bereitet sich vor in der Selbstbefreiung der Nationen und verwirklicht sich erst im revolutionären Kriege als Bund freier Völker gegen den Kapitalismus der Welt — und seine bestochenen Agenten.

• • •

Die russische Revolution, der Sieg der Volkswill, der Friede von Brest-Litowsk gaben der revolutionären Bewegung in Deutschland trotz der entgegenstehenden Hemmnisse einen gewaltigen Anstoß und lösten die Periode der ersten politischen Massenstreiks aus. Aber erst die Ueberspannung der militärischen Kräfte im Westen und der Zusammenbruch der sogenannten Bundesgenossen im Osten schufen jene Situation, in der mit dem Ausbruch einer revolutionären Volkserhebung unmittelbar gerechnet werden durfte. Diese Erhebung von vornherein so zu gestalten, daß sie nicht zur allgemeinen Katastrophe, zur weltpolitischen Niederlage, sondern zum Siege der deutschen Revolution nach innen und außen führte, mußte die Aufgabe aller jener Männer in Deutschland sein, die im Vordergrund der revolutionären Bewegung standen.

Von diesen Gesichtspunkten geleitet, beteiligten sich die Hamburger Linksradikalen an einer Konferenz aller revolutionären Gruppen des deutschen Proletariats, die von der Leitung des Spartakusbundes in den ersten Oktobertagen 1918 nach Berlin einberufen war. In den Folgen und Ergebnissen dieser Konferenz liegt die ganze geschichtliche Tragik der ersten Epoche der deutschen Revolution beschlossen. Alle Zeichen der weltgeschichtlichen Situation deuteten darauf hin, daß mit einem gewaltigen Schläge der deutschen Revolution der Weltkrieg gegen das Weltkapital entschieden werden konnte. Alle kriegsführenden Länder des europäischen Kontinents waren mit ihren physischen und psychischen Kräften zu Ende. Alle hatten mehr oder minder die Revolution im Leibe. Das Friedensbedürfnis in den breiten Schichten des Volkes war nicht auf Deutschland und seine Ver-

blühdeten beschränkt. Gelang es Deutschland, der damals noch stärksten und gefürchtetsten Militärmacht, jene revolutionäre Politik zu treiben, wie Lenin sie in seinem zitierten Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter für die russischen Verhältnisse vorgezeichnet hat, so war die größte Durchbruchschlacht der Weltrevolution entschieden. Voraussetzung hierfür war lediglich, daß die deutschen Fronten nicht auseinanderliefen, daß die revolutionäre Politik sich von allen pazifistischen Tendenzen und besonders von den Interessen des Handels- und Finanzkapitals frei zu halten verstand. Die revolutionäre Umorganisation der Heere hätte nach vollzogener Erhebung im Innern keine Schwierigkeiten bereitet, wie die sofortige Einwilligung der obersten Heerführer, auch unter einer Revolutionsregierung die nötigen Operationen zu leiten, so unumstößlich beweist, daß kein mäkelndes Gebelzer eines Kabele-Struthahn an dieser Tatsache das geringste ändern kann.

Im Mittelpunkt der Diskussionen auf jener Konferenz stand die bevorstehende Volkserhebung. Alle Vertreter von Organisationen stimmten darin überein, daß es mit dem Beginn der Erhebung sofort darauf ankäme, die entsefelten revolutionären Volkskräfte wie einen ehernen Hammer zusammenzuschmeißen, und daß gerade dies und zunächst nichts anderes die Aufgabe der zu erwartenden Arbeiter- und Soldatenräte zu sein habe. Die unsägliche Führerpolitik des Spartakusbundes, dessen wirkliche Führerpersönlichkeiten zu jener Zeit in Buchhaus und Gefängnis saßen, hat es ermöglicht, daß das schamloseste Subjekt aller Zeiten und aller Länder, daß der Judas der deutschen Revolution, daß

Paul Levi

durch die Beherrschung des organisatorischen Apparates des Spartakusbundes, durch die Verfügung über dessen Gelder, durch die besonderen internationalen Verbindungen, über die dieses Subjekt verfügt,

den herostratischen Akt der Weltgeschichte

vollziehen, und daß eine schon in ihren ersten Anfängen gewaltige, revolutionäre Volkserhebung von gigantischer Kraft in eine müßige Orgie der Käuflichkeit, Feigheit, Jämmerlichkeit — und schließlich Selbsterfleischung der deutschen Arbeiterklasse verwandelt werden konnte.

Dieses Subjekt Paul Levi hatte jener Konferenz ein Flugblatt unterbreitet, in welchem er anführte, daß die deutsche Revolution schon eingesezt habe — und zwar mit dem Beginn der Desertion an den Fronten. Die Soldaten wurden aufgefordert, in Massen die Front zu verlassen und sich in ihre Heimatsorte zu begeben. Dort sollten Stationen eingerichtet werden, um sie in Empfang zu nehmen und weiter für sie zu sorgen. Gegen diese Stellen des Flugblattes protestierte mit aller Entschiedenheit der Hamburger Vertreter, einer der Verfasser, und erklärte, daß die deutsche Revolution nicht mit der Besetzung, sondern mit der Erhebung beginne. Wer in den Desertionen revolutionäre Erscheinungen sehe, der mache dadurch die Deserteure zu Vorkämpfern der Revolution, was eine allgemeine Demoralisation zur Folge haben müsse. Die deutsche Revolution würde dadurch an das Ausland ausgeliefert und der Sieg des anglo-amerikanischen Finanzkapitals entschieden. Die gesamte pazifistische Presse Deutschlands habe sich damit bereits abgesunden, sei wie es aus der Propaganda für die 14 Punkte Wilson hervorgehe, bereit, Deutschlands Selbständigkeit preiszugeben und verfolge als Ziel nur noch die Aufnahme eines stark verkleinerten Deutschlands in den sogenannten Völkerbund, der nichts anderes sei als ein Versuch, das Kapital der Erde in einer allumfassenden Organisa-

tion zusammenzuschließen unter alleiniger Führung des stärksten Exponenten im anglo-amerikanischen Finanzkapital. Die allgemeinen Ausführungen, denen eine Schrift zu Grunde lag, die vom Spartakusbund später unterschlagen und vernichtet wurde, fanden trotz des Widerspruchs des Subjektes Levi fast den einmütigen Beifall der Konferenz. Der Antrag aber, der die Streichung jener auf die Deserteure bezüglichen Stellen forderte, wurde einstimmig angenommen und eine Redaktionskommission eingesetzt, um das Manuskript noch einmal zu überprüfen. Levi, der selbst Mitglied dieser Redaktionskommission war, hat es verstanden, ihren Zusammentritt zu verhindern. Er versprach dem Hamburger Delegierten, der in die Garnison zurückfahren mußte, in die Hand, daß „selbstverständlich“ die von der Konferenz beanstandeten Stellen entfernt werden würden. Trotzdem ließ er das Flugblatt in dem ausdrücklichen und einstimmig zurückgewiesenen Wortlaut in gewaltigen Mengen herstellen und an der Front verbreiten, wo es wie Sprengpulver gewirkt hat. Nicht genug damit, hat er es in der Folge vermöge der gewaltigen, ihm zur Verfügung stehenden Mittel und vermöge der Beherrschung des organisatorischen Apparates des Spartakusbundes verstanden, die deutsche Revolution systematisch zu desorganisieren und diese von ihm herbeigeführte Desorganisation im Innern und nach außen als die allgemeine Politik der deutschen Revolutionäre erscheinen zu lassen.

Hier liegen die Wurzeln der katastrophalen Politik des Spartakusbundes während der ersten Phase der Revolution. Liebknecht und Luxemburg sind dabei genau so die Opfer dieses Alev der deutschen Revolution geworden, wie die zahlreichen Arbeiter und Soldaten, die in einem Bürgerkriege verbluteten, dessen Karten er so geschickt zu mischen wußte, daß er in jedem Augenblick den Wünschen der militärischen Reaktion, die nach einer neuen Konsolidierung militärischer Machtmittel lüstern war, in die Hände spielte. Die Verherrlichung der Deserteure als „Gelben der Revolution“, der Aufruf, das Heer zu verlassen im Namen der Revolution, entschied über den Zusammenbruch der Front und damit über den Sieg des stärksten Exponenten im anglo-amerikanischen Finanzkapital. Die Zusammenfassung dieser desertierten „Vorkämpfer der Revolution“ im Roten Soldatenbund ließ alle regulären Truppenteile des revolutionierten Heeres als „Konterrevolutionär“ erscheinen und barg schon durch diese eine Tatsache die Gewehr in sich für den Ausbruch des Bürgerkrieges — unter dem Deckmantel des revolutionären Klassenkampfes, als dessen Märtyrer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gefallen sind. Die Schaffung einer bewaffneten Prätorianerbande mit den unerschöpflichen Mitteln und im Dienste dieses Spießgesellen des internationalen Finanzkapitals, der den Bürgerkrieg zu einer programmatischen Forderung erhob und ihn zum alleinigen Ziel und Inhalt der revolutionären Bewegung machte, führte mit tödlicher Sicherheit zur Eröffnung des inneren Krieges, in welchem die deutsche Arbeiterklasse sich selbst zerfleischte, und Teile von ihr durch die Taktik dieses Verbrechers gezüchteten weißen Garde ausgeliefert wurden. Wie sehr diese Taktik den Wünschen gewissen Militärs entsprach, zeigt der blutrünstige Eifer, womit die preussischen Gallisten sich von Januar an auf die revolutionären Arbeiter führten, wo immer ihnen dazu die Gelegenheit geboten wurde.

Wenn Anfang Januar 1919 eine Verschmelzung des Spartakusbundes mit den linksradikalen Gruppen

des Nordens zustande kam, so ist diese Verbindung nur dadurch möglich gewesen, daß die Asem-Natur jenes Drahtziehers des Spartakusbundes noch nicht klar in Erscheinung getreten war, und daß er damals seine erbärmliche Rolle nur hinter den Kulissen spielte. Im Vordergrund der Spartakus-Organisation standen noch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von denen uns zwar mancherlei grundsätzliche und taktische Gesichtspunkte trennten, wie auch die Einschätzung der revolutionären Gesamtsituation auf unserer Seite eine andere war, als bei ihnen, mit denen aber die Organisationen des Nordens sicherlich so gut wie früher in einer Partei zusammen sein konnten, um dann im Rahmen der Organisation die Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Trotzdem haben die Verfasser der Verschmelzung entschieden widerstritten und widersprochen. Aber der eine fand damals durch seine politische Tätigkeit im Arbeiterrat keine Zeit und keine Möglichkeit, sich mit Parteiproblemen zu beschäftigen, und der andere war durch die Ueberanstrengung seiner Kräfte im Kampf gegen die zerfallenden Tendenzen, die seit dem Beginn der Revolution hervortraten, gezwungen, sich für längere Zeit von jeder aktiven Politik zurückzuziehen.

Auf diese Weise durch die Organisationen vor die vollendete Tatsache der Verschmelzung mit dem Spartakusbund gestellt, haben wir seitdem unsere Aufgabe darin gesehen, innerhalb der neu gegründeten Partei den Kampf gegen die vom Spartakusbund auch hier vorgesehene Politik zu führen. Sobald die Organisationen die Praxis und die Methoden des Bundes erkannten war auch für sie die Aufnahme des grundsätzlichen Kampfes gegen spartakistische und für kommunistische Politik ein selbstverständliches Gebot. So kam es zur Spaltungskonferenz von Heidelberg im Herbst 1919, auf der das Subjekt Paul Levi, das inzwischen zum Paravorjehenden sich hinaufmandoriert hatte, erstmalig nach Gebühr gekennzeichnet wurde. Alle Zusammenhänge seiner verbrecherischen Tätigkeit lagen damals freilich noch nicht klar zu Tage. Seine Verbindung mit Trebitsch-Lincoln erst hat bithartig den gesamten Komplex der Zusammenhänge beleuchtet. Die Verbindung mit diesem notorischen englischen Hochspitzel, den er nach eigener Veröffenkundung seines Zentralorgans als Sturmbod gegen die „kommunistische Arbeiterpartei“, die aus der Loslösung der

kommunistischen Arbeiterpartei von dem Spartakusbund entstanden ist, zu verwenden beabsichtigt, obwohl es weiß, daß dieser Buchhändler, Wechselkassier und Spion ein bezahlter Agent der englischen Regierung ist, erst diese Verbindung macht die Rolle des Levi in der deutschen Revolution völlig klar. Der Mann, der heute schamlos offen seine Beziehungen zu Trebitsch-Lincoln selbst enthüllt, er kann gezwungen werden, zu enthüllen,

mit welchen englischen Agenten von der Sorte jenes Trebitsch er im Oktober 1918 in Verbindung stand, als er die deutsche Front erdolchte, um zu verhindern, daß sie aus einer imperialistischen sich in eine revolutionäre Front verwandele. Und es wird vielleicht sich bereit finden müssen, neugierige Fragen nach der Herkunft der ihm nach einem Geständnis durch die Finger gleitenden vielen Millionen anders zu beantworten, als auf der Heidelberger Konferenz, wo seine Antwort in dem Hinaustritt der neugierigen Frager bestand.

Die deutsche Revolution hat, wenn auch in schweren Kämpfen, die erste schmerzreiche Epoche ihres Werdens und Reisens vollendet. Sie ist mit der Sammlung der kommunistischen Arbeitermassen unter dem Banner einer allumfassenden revolutionären Klassenbewegung, die nach den Handarbeiten auch die Massen der Kopfarbeit heute schon zu ergreifen beginnt, in ihre zweite Phase eingetreten. Durch die Irrtümer der Vergangenheit belehrt, fängt die deutsche Arbeiterklasse an, sich aus der versteinerten Schablone der Parteien loszulösen. Alle Schlagworte pseudomarxistischer Dörservanz fliegen auf den Dünghaufen der Geschichte. Und aus der Nacht der Gegenwart ringt sich mit ehernem Trotz und ungebeugtem Stolz das deutsche Proletariat empor, um in heißen Kämpfen mit den noch bestehenden Schutzformationen des Weltkapitals die neue Welt der kommunistischen Ordnung zu errichten. Die freien Völker werden die neue Welt gestalten unter dem alten Wappenspruch:

Alle für Alle,

der erst in einer kommunistischen Weltordnung seine Verwirklichung findet und seine Ergänzung im Wohlstand für Alle!

Hamburg, am 1. Mai 1920.

Im Auftrage der Ersten Bezirkskonferenz des Bezirks Nord der Kommunistischen Arbeiterpartei.

Heinrich Kaufenberg.

Fritz Wolffheim.